

Infoblatt 1/2020



LIEBE DORNACHERINNEN UND DORNACHER

Es freut mich Ihnen nach einer längeren Pause wieder ein Infoblatt überreichen zu können.

Wir berichten über einige Geschäfte, die die Gemeinde schon lange vor der aktuellen Coronakrise beschäftigt haben und die trotz ihr weiter vorangetrieben werden müssen. Zwei wichtige Themen, der Umbau der Gemeindeverwaltung und die Einführung des Ressortsystems, werden voraussichtlich an der nächsten Gemeindeversammlung im September zur Abstimmung kommen. Aber auch die Ortsplanungsrevision und die Einführung der 5G Technologie sind Themen, die die Bevölkerung sehr beschäftigen und bei denen immer wieder Informationsbedarf besteht. Und natür-

lich sind weder die Mitglieder der Kommissionen noch die der Bürgergemeinde im Dornröschenschlaf versunken und werden Ihnen deshalb einen kleinen Einblick in ihre Arbeit geben.

Ich hoffe, dass wir Ihnen mit diesen Artikeln einige Hintergrundinformationen geben können und ich wünsche Ihnen trotz Corona eine schöne Sommer- und Ferienzeit im Sinne von: «Warum denn in die Ferne schweifen, sieh das Gute liegt so nah.»

Monica Palatini
(Präsidentin der Freien Wähler Dornach)

Zum Infoblatt

Sämtliche Artikel bilden den individuellen Standpunkt der schreibenden Personen ab. Dies entspricht ganz den Grundsätzen der FWD, dass Mitglieder sowie Mandatsträger*innen ihre eigene, persönliche Meinung vertreten.

Die Verwendung der Sprache hat grossen Einfluss auf Wahrnehmung, Denken und damit unser Handeln. Es ist wichtig, dass Gleichstellung auch in der Sprache stattfindet. In den nachfolgenden Texten wird deshalb das Gendersternchen * verwendet.

AUS DEM GEMEINDERAT

FWD-Vertretung: Thomas Gschwind, Ruedi Hafner, Daniel Urech, Christian Schlatter

Das Ressortsystem in Dornach – wird endlich gut, was lange währt?

Daniel Urech

Am 1. April 2020 (und das war kein Aprilscherz!) verabschiedete der Gemeinderat einstimmig (auch das: kein Aprilscherz!) eine Vorlage zur Einführung des Ressortsystems zuhanden einer öffentlichen Vernehmlassung.

Dies ist insofern historisch, als es sich um den dritten Versuch der Einführung des Ressortsystems handelt. Kurz zur Erinnerung: Erstmals wurde um die Jahrtausendwende das Ressortsystem für Dornach diskutiert. Eine Mehrheit des Gemeinderats und die Gemeindeversammlung beschlossen den Systemwechsel und es kam am 25. Juni 2000 zur Volksabstimmung. Die Freien Wähler Dornach unterstützten die damals von einer breit abgestützten Arbeitsgruppe unter dem Präsidium ihres Gemeinderats Markus Jermann ausgearbeitete Vorlage. Vor dem Hintergrund einer mit erstaunlich viel Geld ausgestatteten Gegenkampagne, die teilweise auch persönlich auf jene zielte, welche für das Ressortsystem einstanden, sagte damals die Stimmbevölkerung mit 58% zu 42% nein zum Systemwechsel. Stattdessen wurde in der Folge der Gemeinderat auf 9 Personen reduziert und die bis dahin noch bestehende Gemeinderatskommission wurde abgeschafft. Es folgte die Ära Kurt Henzi, dessen Präsidentschaftszeit sowohl die Vor- wie auch die Nachteile des Präsidialsystems zeigte... Ein Versuch der Freien Wähler Dornach im Jahr 2011 erneut einen Reformprozess anzustossen, scheiterte anlässlich der Gemeindeversammlung vom 14. Dezember 2011, welche es ablehnte, eine entsprechende Motion erheblich zu erklären. Es folgte die Ära Schlatter – wohl nicht das, was sich so manche damalige Gegner des Ressortsystems vorgestellt hatten. Aber auch unter dem Präsidium von Christian Schlatter verschwanden die von den Freien Wählern schon lange identifizierten Nachteile des Präsidialsystems nicht. Es ist Christian Schlatter hoch anzurechnen, dass er als Gemeindepräsident, der mit einer erheblichen Machtfülle ausgestattet ist, die Schritte zur Änderung hin zu einem nebenamtlichen Gemeindepräsidium mitträgt.

Die Grundsatzentscheidung hat der Gemeinderat im ersten Jahr der Legislatur 2017–2021 getroffen: Die Einführung des Ressortsystems soll geprüft werden. Im Hinblick darauf wurde dann auch – quasi um Erfahrungen in diese Richtung zu sammeln – jedem Gemeinderatsmitglied ein Bereich zugeteilt, in dem sie oder er zuständig ist, jedoch ohne die strukturellen Anpassungen und die politische Verantwortung. In einer Arbeitsgruppe, der neben dem Gemeindepräsidenten und dem Gemeindegeschreiber der Vize-Ammann Daniel Müller und die Gemeinderatsmitglieder Barbara Vögtli und Daniel Urech angehörten, wurde in einem intensiven Prozess innert relativ kurzer Zeit eine Revisionsvorlage ausgearbeitet. Der Gemeinderat hat sich intensiv mit den Fragen beschäftigt, und insgesamt drei Mal über die Vorlage beraten – zwischendurch wurde die Vorlage erneut an die Arbeitsgruppe zurückgeschickt, welche sie noch einmal überarbeitete.

Im Wesentlichen wird mit der Einführung des Ressortsystems eine Anpassung vollzogen, welche für sämtliche Nachbargemeinden im Baselland und für alle solothurnischen Gemeinden im Schwarzbubenland bereits vollzogen wurde. Zwei Elemente sind die zentralen Änderungen gegenüber dem heutigen Präsidialsystem:

- Jedes Gemeinderatsmitglied steht einem Bereich vor (einem so genannten Ressort) und führt gemeinsam mit der Verwaltung, aber grundsätzlich in politischer Verantwortung gegenüber dem Gemeinderat und der Bevölkerung die in diesem Bereich anstehenden Geschäfte. Entsprechend läuft nicht mehr alles über das Gemeindepräsidium, das bisher grundsätzlich für alle Bereiche federführend ist.
- Der*die Gemeindepräsident*in hat nicht mehr gleichzeitig den Vorsitz des Gemeinderats und die Leitung der gesamten Verwaltung. Anstelle des*der Gemeindepräsident*in als Verwaltungsleiter*in, tritt ein*e Gemeindeverwalter*in, welche*r der Verwaltung vorsteht.



Die Gemeinderatsmitglieder werden durch dieses System deutlich stärker in die Verantwortung einbezogen. Sie treten vor die Gemeindeversammlung und sind in Zusammenarbeit mit der Verwaltung für die Erarbeitung der Geschäfte verantwortlich. Wir Freien Wähler erachten dies als richtig, denn es entspricht eher dem demokratischen Ideal, dass die Verantwortung auf mehreren Schultern verteilt ist. Durch die Ablösung des Gemeindepräsidiums in seiner Rolle, die sowohl die politische wie auch die operative Verantwortung vereinigt (eine Situation, die eine ungesunde Machtkonzentration geradezu anlegt), würde eine sachorientiertere und gegenüber dem Gemeindepersonal verantwortungsvollere Struktur geschaffen. Allgemein wird das Klumpenrisiko Gemeindepräsident*in gesenkt, das mit einer Fehlbesetzung des Gemeindepräsidiums einhergehen kann. Zudem wird das Amt als Gemeinderatsmitglied attraktiver, da die Gestaltungsmöglichkeiten (und damit auch die Verantwortung) grösser werden. Logische Folge ist, dass entsprechend auch die Entschädigung von Gemeinderatsmitgliedern (nach oben) und des Gemeindepräsidiums (nach unten) angepasst wird.

Die Gemeinde hat ausführliche Unterlagen zum vorgeschlagenen Systemwechsel online zur Verfügung gestellt. Sie sind auf www.fwd-dornach.ch verlinkt. Die Freien Wähler Dornach haben sich in der Vernehmlassung positiv zur Einführung des Ressortsystems gestellt. Der Moment ist gekommen, diesen Schritt für die Gemeinde zu machen.

Zu hoffen ist jetzt, dass die Einigkeit, welche der Gemeinderat bisher im Hinblick auf diese für die Gemeinde so wichtige Reform gezeigt hat, bestehen bleibt. Leider haben es gewisse Parteien nicht geschafft, eine Vernehmlassungsantwort innerhalb der vom Gemeinderat gesetzten Frist abzugeben. Aus meiner persönlichen Sicht spricht nichts gegen eine Verlängerung der entsprechenden Frist, zumal die Gemeindeversammlung nicht im Juni stattfinden konnte. Entscheidend wird aber sein, dass eine Einführung per Legislaturwechsel möglich ist, denn Kandidierende sowohl für den Gemeinderat wie auch für das Gemeindepräsidium müssen wissen, worauf sie sich einlassen.

AUS DER ORTSPLANUNGSKOMMISSION

Ortsplanungsrevision Dornach

Christian Schlatter

S-Bahnhaltestelle Öpfelsee, Zubringer zur A18, Schulraumplanung SuSI, Veloschnellroute Birsstadt, Naturkonzept, Mobilfunk, organischer Baustil, Verdichtung, behindertengerechte Bushaltestellen, Mehrwertabschöpfung, Denkmalschutz – all diese Themen sind Bestandteil der Ortsplanung. Gleichzeitig sind ein Grossteil dieser Themen oder Projekte Massnahmen im Legislaturprogramm des Gemeinderats und harren ihrer Umsetzung bis zum Ende der Legislatur im Sommer 2021.

Die Ortsplanung ist zweifellos eines der wichtigsten Projekte der Gemeinde Dornach, das mit der Verabschiedung des räumlichen Leitbildes im Sommer 2014, der eigentlichen Raumstrategie der Gemeinde, aufgenommen wurde. Sie gibt Auskunft darüber, wie

sich unsere Gemeinde in den nächsten 15–20 Jahren räumlich entwickeln soll. Damit wird z.B. beantwortet, wo unser Gewerbe Raum zur Verfügung hat, wo und wie die Verdichtung stattfinden soll, die wir in der nationalen Abstimmung zum neuen Raumplanungsgesetz 2013 gefordert hatten, wo öffentliche Anlagen und Einrichtungen ihren Platz finden und wie die Parzellen zu nutzen sind. Die Ortsplanung gibt auch Antwort auf die Frage, wie und in welchen Dimensionen wir Gebäude erstellen können, wie der Frei- und Grünraum drumherum gestaltet wird und wie der Verkehr im und ums Dorf zu lenken ist. Und schliesslich wird im Rahmen der Ortsplanung auch das räumliche Leitbild umgesetzt, in dem das Areal der ehemaligen Swissmetal neuen Nutzungen zugeführt werden soll.



Masteridee zum Ortskern Oberdornach. Die Abbildung hat rein orientierenden und informativen Charakter.
Quelle: Martin Zweifel (2020): Masteridee Oberdornach, Raumplanungsbericht, S.33.



Kerngebiete Natur. Quelle: Felix Berchten (2020): Vernetzungsachsen und Verantwortungsarten Gemeinde Dornach, Hintermann und Weber.

Im Laufe der vielfältigen und umfangreichen Arbeiten wurden Grundlagen geschaffen und Diskussionen geführt, die in Zukunft die Orientierung für die räumliche Entwicklung, resp. die Bauweisen geben. Dies reicht von der Übersetzung der Idee der «Hofstatt» – einem jahrhundertealten Flächentypus der Ortskerne, der Obstbäume und vielartige Gartennutzungen in unmittelbarer Nähe zu Wohngebäuden umfasst – bis hin zu der Logik des gemeinsamen Raumes Neuarlesheim-Dornachbrugg-Bahnhof. Mit der Erarbeitung von vielerlei grundlegenden Angaben entsteht einerseits ein besseres Verständnis der räumlichen Struktur Dornachs und andererseits skizzieren sie auch einen Weg in die Zukunft auf.

Im Rahmen dieser Arbeiten haben wir festgestellt, dass Dornach eine sehr anspruchsvolle und vielfältige Gemeinde ist und dementsprechend der Planungsprozess der Ortsplanung ressourcen- und arbeitsintensiv ist. 2020 ist nun das Jahr, um all die Erkenntnisse der verschiedenen Schlüsselräume zusammenzuführen:

- Oberdornach, das «traditionelle Bauern- und Handwerkerdorf»
- Dornachbrugg, Verkehrsdrehscheibe, Gewerbe- und Dienstleistungshotspot u.a. mit dem Amtshaus und dem gemeinsamen – eher städtischen – Raum mit Arlesheim
- Erholungs- und Naturraum entlang der Birs, gemeinsam mit Aesch
- Künstlerisch und architektonisch einmaliger Goetheanumszirkel
- Metall- und Apfelseequartier, in dem Tradition und Zukunftswerkstatt aufeinandertreffen

All die Arbeiten und Erkenntnisse fließen nun in den Zonenplan und in das kombinierten Bau- und Zonenreglement ein und werden von den Behörden in einer Art Vernehmlassung beurteilt. Die kantonale Vorprüfung ist für die 1. Hälfte 2021 angedacht und darauf folgt die öffentliche Mitwirkung der Bevölkerung. Auch wenn der Weg und eine Zeitangabe nun vorliegen: die Reise wird uns noch sehr fordern, aber auch interessant und spannend werden.

AUS DEM GEMEINDERAT

FWD-Vertretung: Thomas Gschwind, Ruedi Hafner, Daniel Urech, Christian Schlatter

Umbauprojekt Gemeindeverwaltung Dornach

Christian Schlatter

Nachdem die Planungen zum Umbauprojekt der Gemeindeverwaltung aufgrund von Hinweisen des heutigen Bauverwalters Martin Zweifel im Sommer 2018 abgebrochen und eine Kostenexplosion vermieden wurde, folgte unter der Leitung von Statthalter Daniel Müller eine Neuaufgleisung des Projekts.

Als erstes musste die Machbarkeit des Umbaus nachgewiesen, die effektiven Platzverhältnisse überprüft und der Standort bestätigt werden. All dies geschah mit der Unterstützung eines namhaften Architekturbüros. Das Ergebnis diente als Grundlage für die Ausschreibungen der Planungsarbeiten, die an das Büro Kunz&Jeppersen (Reinach) vergeben wurden. Dieses Büro begleitet seither die Arbeitsgruppe und konkretisiert das Projekt. Dazu gehört es auch, eine ganze Anzahl von Möglichkeiten zu überprüfen, wie beispielsweise die Montage von Photovoltaikanlagen, der Anschluss an ein Fernwärmenetz, die Sanierung der WC-Anlage, die Realisierung einer behindertengereichten Bushaltestelle sowie die Erneuerung von

Gebäudeteilen. In sämtlichen Bereichen stellen sich grössere technische, finanzielle oder denkmalschützerische Fragen, die allesamt nicht ganz so einfach zu beantworten sind. Obwohl vorerst wohl keine Erneuerung der GAS-Heizung erfolgen dürfte, möchte die Arbeitsgruppe unter der Leitung von Statthalter Daniel Müller die Bürgergemeinde motivieren, die Planungen für einen Wärmeverbund anzupacken und im Gegenzug die Option bieten, dass die Gemeindeverwaltung zu einem späteren Zeitpunkt angeschlossen werden soll. All die sehr zeitintensiven Abklärungen sind inzwischen so weit fortgeschritten, dass die Planung mit einem Kredit von knapp 3 Mio. CHF an der Gemeindeversammlung im Juni hätte vorgestellt werden können. Hätte können, da aufgrund der Coronapandemie die Versammlung abgesagt werden muss. Aus welchen Gründen auch immer, die Planungen der Sanierung des 150-jährigen Schulhauses stehen unter einem schlechten Stern. Umso wichtiger ist es jetzt, das Projekt an der nächsten Versammlung zu verabschieden und dann endlich mit der Umsetzung zu beginnen.

AUS DER BÜRGERGEMEINDE

Eine politische Institution in Dornach, verankert in der Tradition, zeigt sich zunehmend anpassungsfähig

Iris Beile

Seit 2017 bin ich als Freie Wählerin Teil des 7-köpfigen Bürgerrats der Bürgergemeinde Dornach. Hier gebe ich euch einen kurzen Überblick über die Tätigkeiten der Bürgergemeinde.

459 (in Dornach wohnhafte) Bürger*innen bildeten das Stimmvolk, als sich die Bürgergemeinde mit der Verabschiedung eines neuen Leitbildes deutlich der Allge-

meinheit, den Bürger*innen und der Natur verpflichtet hat. Durch ihre finanzielle Unabhängigkeit kann die Bürgergemeinde hier wichtige Beiträge für Dornach leisten. Nicht mit Steuern, sondern mit Erträgen aus Vermietung und Baurechtszinsen wird der finanzielle Hintergrund stabil gehalten. Neben regelmässigen Amtshandlungen wie Einbürgerungen setzt sich der Bürgerrat auch mit aktuellen Herausforderungen auseinander.

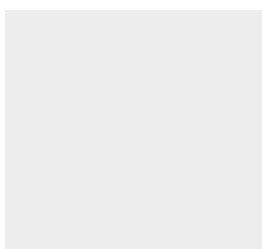
- Die Bürgergemeinde als Waldbesitzerin:**
Wusstet ihr, dass der grösste Teil von Dornachs Naherholungsgebiet Wald mit ca. 250 ha der Bürgergemeinde gehört? In sichtbarer Zukunft wird es hier zu spürbarem finanziellem Mehraufwand kommen, denn dieser sehr geschätzte Lebensraum zeigt sich mit seinem hohen Buchenanteil durch die Trockenheitsperioden und Sturmschäden in einem prekären Zustand. Bereits waren zeitweise Sicherheitssperren notwendig. Diese Situation wird andauern und verlangt auch von Waldbesucher*innen verantwortungsvolle Verhaltensregeln. Schaut ab und zu nach oben zu den Baumkronen, meidet stark geschädigte Waldbestände, respektiert Absperrungen und Hinweistafeln und meidet den Wald bei stürmischem Wetter! Doch der Wald bietet noch ganz andere Möglichkeiten, als nur ein Naherholungsgebiet zu sein. So ist nun die Zeit gekommen, Synergien zu nutzen und zum Beispiel transparent über die Möglichkeiten einer Holzschnitzelheizung im zukünftigen Gemeindehaus zu debattieren.
 - Die Bürgergemeinde als Agrarlandbesitzerin:**
Wusstet ihr, dass der Bürgerrat Ende 2019 beschloss, zukünftige Pachtverträge ausschliesslich zur biologischen Bewirtschaftung zu verpachten? Damit folgt er dem Leitbild, welches besagt: «Für die Natur fördert und erhält die Bürgergemeinde Dornach die Artenvielfalt».
 - Die Bürgergemeinde «für die Allgemeinheit» beschäftigt sich mit zahlreichen Anliegen im Dornacher Alltag:**
Wusstet ihr, dass bei vielen Anliegen Unterstützung durch die Bürgergemeinde geleistet wurde und wird? Die Renovation der Pfadihütte, die Anschaffung einer Photovoltaikanlage des Forsthofs, die Unterstützung von Vereinen, die dem Allgemeinwohl verschrieben sind, sowie die Unterstützung des Klosters sind nur einige Beispiele. Mit dem Kauf der Immobilie auf der Hauptstrasse 11 durch die Bürgergemeinde, eröffnen sich für die Gestaltung des Dorfkerns Oberdornach neue Möglichkeiten. Mit solchen Unterstützungen wird das Dorfleben aktiv gestaltet und die Leistungen der Einwohnergemeinde können niederschwellig ergänzt werden.
 - Die Bürgergemeinde für ihre Bürger*innen:**
Ja das wisst ihr! Mit traditionellen Gemeinschaftsanlässen wie dem Banntag und dem Neujahrsapéro wird der Kontakt zwischen allen Einwohner*innen gefördert.
- Es ist also durchaus für Einwohner*innen überlegenswert, Dornacher Ortsbürger*in zu werden, um lokal mitbestimmen und anregen zu können. Und falls ihr bereits Ortsbürger*in seid, nehmt an den zweimal jährlich stattfindenden Bürgergemeindeversammlungen teil, denn darauf kommt es an in einer gelebten Demokratie!



FWD Mandatsträger*innen

Manche Dornacher*innen kennt man vom Sehen, von anderen weiss man nur den Namen: Die folgenden Fotos sollen helfen, dass zumindest bei den FWD-Mandatsträger*innen Namen und Gesicht endlich zueinander finden. Neben den hier abgebildeten Personen sind weitere FWD-Vertreter*innen im Wahlbüro

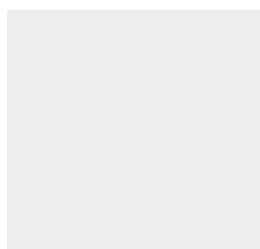
und in den Stiftungsräten Alterssiedlung, Alters- und Pflegeheim Wollmatt und Kloster Dornach aktiv. Und nicht zu vergessen natürlich all die anderen aktiven und engagierten Mitglieder, die die FWD auf verschiedenste Weise unterstützen. Herzlichen Dank!



Letizia Di Benedetto-Sjöström
Familien-, Jugend-, Kulturkommission



Iris Beile
Bürgerrätin



Rainer Dietwiler
Bau-/Werk- und Planungskommission



Janine Eggs
Bau-/Werk- und Planungskommission
Sport- und Freizeitkommission



Dieter Grass
Umwelt-, Verkehrs- und
Energiekommission



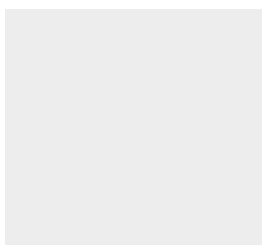
Thomas Gschwind
Gemeinderat
Familien-, Jugend-, Kulturkommission
(beratende Stimme)
Umwelt-, Verkehrs- und
Energiekommission



Rudolf Hafner
Gemeinderat
Alters- und Gesundheitskommission
Finanzkommission



Daniela Karrer
Bildungskommission



Lucia Lauber
Bildungskommission



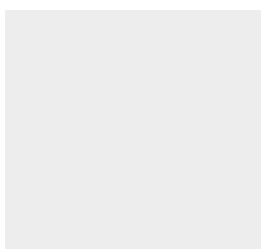
Robert Leu
Bau-/Werk- und Planungskommission
Stiftungsrat Alterssiedlung
Stiftungsrat Alters- und Pflegeheim
Wollmatt



Christian Schlatter
Gemeindepräsident
Begleitgruppe Erneuerung Schul-
und Sportinfrastruktur
Projektgruppe Ortsplanung
Stiftungsrat Kloster Dornach



Burghardt Schmidt
Finanzkommission



Silvia Streit
Stiftungsrat Alterssiedlung



Monica Palatini
Suppleantin Gemeinderat



Pasquale Piserchia
Bau-/Werk- und Planungskommission



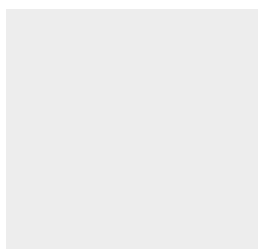
Bruno Planer
Stiftungsrat Alters- und
Pflegeheim Wollmatt



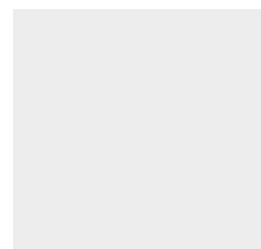
Daniel Urech
Gemeinderat



Kassandra Waldvogel
Umwelt-, Verkehrs- und
Energiekommission



Rogger Willen
Sicherheitskommission



Verena Vögtli
Alters- und Gesundheitskommission

Neue Webseite

Nach viel zu langer Zeit haben die FWD endlich wieder eine funktionstüchtige Webseite. Sie ist zwar noch nicht perfekt, leistet aber bereits wieder einen guten Dienst. Unter <https://fwd-dornach.ch/> könnt Ihr Euch über die FWD informieren, die aktuellen und archivierten Infoblätter durchstöbern und natürlich die

begehrten Kommentare der Gemeinderatsmitglieder zu verschiedenen Geschäften lesen. Damit setzt sich die FWD weiterhin für Transparenz und Kommunikation ein. Weiter könnt ihr euch auf der Webseite auch für den Newsletter anmelden, um über die Aktivitäten der FWD auf dem Laufenden gehalten zu werden.

AUS DER UMWELT-, VERKEHRS- UND ENERGIEKOMMISSION

FWD-Vertretung: Dieter Grass, Thomas Gschwind, Cassandra Waldvogel

Dornach bald Energiestadt?

Thomas Gschwind

Dornach hat sich vor einiger Zeit auf den Weg gemacht, Energiestadt zu werden. Ziel ist es, dass Dornach sich noch dieses Jahr als «Energiestadt» bezeichnen kann.

Was heisst das genau und welchen Nutzen hat Dornach davon? Die Auszeichnung «Energiestadt» bedeutet, dass die Gemeinde eine Energiestrategie beschlossen und entsprechende Massnahmen umgesetzt hat. Die Massnahmen betreffen nicht nur unmittelbar «Energie» sondern die Ressourcenvermeidung und Nachhaltigkeit ganz allgemein. Welche Massnahmen eine Gemeinde in Angriff nimmt, ist dabei nicht vorgeschrieben und lässt grossen Spielraum. Die Massnahmen werden jedoch unterschiedlich bewertet. Um sich als Energiestadt bezeichnen zu können, müssen die Gemeinden, die dieses Label anstreben und behalten wollen, alle vier Jahre mindestens 50% der möglichen Punkte erreichen.

Pragmatisch denkende Personen mögen nun denken, dass man dafür kein Label braucht. Ja und Nein, ist dazu meine Antwort. Selbstverständlich könnten auch ohne den Rahmen der Energiestadt sinnvolle Massnahmen umgesetzt werden. Die Frage ist nur, ob dies auch geschehen würde? Oft ist es so, dass erst ein Bekenntnis verpflichtet. Der Mitgliederbeitrag für die Gemeinde Dornach beläuft sich auf 2'600.– Franken jährlich. Dafür erhalten wir Unterstützung und Informationen, kostenlose Softwaretools für die Verbrauchserfassung und meist kostenlose Informationsveranstaltungen. Was mir aber noch viel wichtiger erscheint, ist die Motivation, an den Themen dran zu bleiben und allen Beteiligten verständlich zu machen, dass bei Anschaffungen und Planungen die Themen entsprechend berücksichtigt werden. Genau dies ist heute bereits die grösste Schwierigkeit.

In meiner Funktion erlebe ich, dass Überlegungen zur Nachhaltigkeit viel zu wenig berücksichtigt werden. Dabei wären beispielsweise Überlegungen zu energetischen Sanierungen, der Installation von Photovoltaik etc. grundsätzlich Pflicht bei allen geplanten gemeindeeigenen Gebäudesanierungen. Das wird sehr oft vergessen und kann vom Gemeinderat im Nachhinein, aufgrund des Zeitdrucks des Projektes, nur noch erschwert eingefordert werden. Gerade bei Gebäuden kann der Energieverbrauch massiv gesenkt werden, womit richtige Investitionen nicht nur ökologisch, sondern auch wirtschaftlich sind. Zur Info: Der Schweizer Gebäudepark beansprucht knapp 50% des Primärenergieverbrauchs und ist für 24% der Treibhausgasemissionen verantwortlich. Beim Gebäudepark die richtigen Entscheidungen zu treffen, ist also elementar. Noch langfristiger sind die Auswirkungen von heute gefällten Beschlüssen in Zusammenhang mit der Ortsplanung. So ist eine Energieplanung für das Entwicklungsgebiet Widen eine Aufgabe, die auf Dauer massive Auswirkungen haben wird. Selbstverständlich sind aber auch kurzfristigere Massnahmen wichtig. Bei der Strassenbeleuchtung wurden alle alten Metaldampflampen durch LED ersetzt und bei zukünftigen Strassensanierungen werden energiesparende Leuchtmittel verbaut. Ein Reglement mit Richtlinien für nachhaltige Beschaffung wurde beschlossen und bei der Wasserversorgung werden energiesparende Pumpen eingesetzt. Öffentliche Infoveranstaltungen sollen weiterhin dazu beitragen, dass sich nicht nur die Einwohnergemeinde, sondern auch die Bevölkerung Überlegungen zu zukünftigen Anschaffungen und Investitionen macht. Dies ist nur ein Auszug aus dem mehrseitigen Massnahmenkatalog der Gemeinde. Leider ist die Zielsetzung noch nicht überall angekommen – aber wir arbeiten daran!

AUS DER BAU-, WERK- UND PLANUNGSKOMMISSION

FWD-Vertretung: Rainer Dietwiler, Janine Eggs, Robert Leu, Pasquale Piserchia

Ist die Zeit reif, um bei den öffentlichen Beleuchtungsanlagen flächendeckend LED einzuführen?

Pasquale Piserchia

Die Bau-, Werk- und Planungskommission (BWPK) hat diese Idee aufgegriffen und wird sie in den kommenden Monaten genauer analysieren und diskutieren. Die Beantwortung der Frage wird als Empfehlung an den Gemeinderat abgegeben.

Seit einigen Jahren werden bei Strassensanierungen nicht nur die Werkleitungen (Wasser-, Gasleitungen, Kanalisation, Regenwasserkanal, Elektro-, Fernseh- und Swisscomkabel) ersetzt, sondern auch die Strassenbeleuchtungen mit der effizienten LED Technik versehen. LED steht für light-emitting diode, auf Deutsch Leuchtdiode auch lichtemittierende Diode oder auch Lumineszenz-Diode.

Eine Umrüstung zu LED ist aus verschiedenen Gründen nachvollziehbar. Die Beleuchtung von Strassen benötigt in der Schweiz pro Jahr rund 410 Millionen kWh Strom (Quelle: Energie-Schweiz, Bundesamt für Energie BFE). Dies entspricht etwa 0,7 Prozent des Gesamtelektrizitätsverbrauchs. Dieser Prozentsatz mag tief erscheinen, doch die Stromkosten für die Strassenbeleuchtung belaufen sich auf rund 70 Millionen Franken. Mit dem Einsatz einer effizienten Beleuchtung kann der Energieverbrauch um bis zu drei

Viertel gesenkt werden. Da die Stromkosten von der Gemeinde, dem Kanton oder dem Bund beglichen werden, entlasten diese Einsparungen schlussendlich die Steuerzahler*innen.

LED haben sehr viele Vorteile gegenüber den Strassenlampen der älteren Generation. Um nur einige der wichtigsten zu erwähnen: sehr hohe Lichtausbeute und damit Energieeffizienz, lange Lebensdauer, das Licht ist weiss mit guter Farbwiedergabe, unerwünschte Lichtemissionen werden vermieden. Letzteres kommt daher, dass das Licht gerichtet werden kann, und durch eine gute Lichtlenkung Streuverluste verhindert werden. Des Weiteren sind die Beleuchtungsanlagen mit LED auch dynamisch dimmbar und intelligent und bedarfsgerecht steuerbar.

Um in Dornach den Erneuerungsprozess zu beschleunigen und nicht auf alle Strassensanierungen warten zu müssen – was x Jahrzehnte dauern würde – wird überprüft, ob in den kommenden 3 bis 4 Jahren flächendeckend und stufenweise auf den bestehenden Mastarmen die alten Strassenlampen durch LED ersetzt werden könnten. Eine sorgfältige Analyse und Planung ist von der Bauverwaltung und dem lokalen Energieversorger bereits in Gang gesetzt worden. Dies wird wichtige Grundlagen liefern, damit die BWPK sich eingehend mit dem Thema befassen kann. Sobald alle Fragen geklärt sind, geht es darum, dem Gemeinderat eine Empfehlung abzugeben. Sollte sich diese Idee umsetzen lassen, wäre dies einerseits ein kleiner aber wichtiger Beitrag, um das Massnahmenpaket der eidgenössischen Energiestrategie 2050 zu erreichen und andererseits ein Schritt, um auf Gemeindeebene die Zertifizierung als Energiestadt zu erlangen – ganz nach dem deutschen Sprichwort «Viel Wenig machen ein Viel».



AUS DER SPORT- UND FREIZEITKOMMISSION

Vom Schlüssel bis zum Spielplatz: kleine und grosse Themen in der SFK

Janine Eggs

Auch wenn sich die Arbeit in der Sport- und Freizeitkommission nach einem sportlichen Vergnügen anhört, so handelt es für gewöhnlich doch um normale Besprechungen im Sitzungszimmer der Gemeinde. Die Kommission behandelt mehrheitlich Budgetfragen und diverse Anliegen betreffend Infrastruktur und Material. Auch immer wieder ein Thema ist die ständige Überbelegung der Hallen und Anlagen. Diese sind schon durch die Schulen und Sportvereine gut ausgebucht, sollen aber auch weiteren dorfeigenen Vereinen für Veranstaltungen zur Verfügung stehen – und hin und wieder kommen auch Anfragen von Externen, die die Sporteinrichtungen gerne nutzen würden. Von der Nutzung abgesehen steht aktuell die Frage im Raum, wer überhaupt mit welchem Schlüssel wohin Zutritt hat. Denn in den vergangenen Jahrzehnten ging der Überblick über die unzähligen Schlüssel mit den unterschiedlichen Zutrittsberechtigungen und den wechselnden Besitzer*innen verloren. Der Ersatz sämtlicher

Schlösser und eine Neuverteilung und saubere Buchführung über die Schlüssel soll das Problem lösen. Ein weiteres Thema, das die SFK wie auch die Familien-, Jugend- und Kulturkommission beschäftigt, sind die grossen und kleinen (Quartier-)Spielplätze in Dornach. Diese kommen grösstenteils recht altbacken daher mit Schaukel, Rutschbahn und bestenfalls einem kleinen quadratischen Sandkasten. Diese klar vorgegebenen Geräteformen lassen wenig Raum für Kreativität, Entdeckungsfreude und Individualität zu. Mit der sich ändernden Gesellschaft wandeln sich auch die (An-)Forderungen an Spielplätze und so soll auch Dornach umrüsten: unterschiedliche Materialien die zum Entdecken locken, verschieden nutzbare Formen die zum Klettern, Verstecken und Rumtoben einladen oder Themenwege, die sowohl spielerisch als auch lehrreich sind. Zuerst gilt es nun aber, die Bedürfnisse der Bevölkerung abzuholen und ein Konzept zu erarbeiten, bevor mit der Umgestaltung begonnen werden kann.



5G in Dornach

Philipp Merz

Immer wieder wurden wir gefragt, was denn jetzt mit den Mobilfunkanlagen (MFA) los sei. Bekanntlich haben ab dem 9. Mai 2019 930 Personen das Rechtsbegehren gegen die Treff12-MFA unterschrieben. Und über 600 Personen haben ab dem 25. Juli 2019 die Einsprache gegen das Metall-MFA-Baugesuch unterschrieben. Wie kommt es, dass seit Dezember 2019 ausgerechnet die Metall-MFA (und die am Steinmattweg) laut BAKOM Karte auf 5G umgestellt worden sind? Und sind wir bloss hysterisch, wo wir doch in der Schweiz 10-fach tiefere Grenzwerte als Deutschland haben? (Kurz: Wir sind nicht hysterisch. Die Beantwortung dieser Frage würde aber leider den verfügbaren Platz sprengen.)

Rechtssituation ab dem 22. April 2020:

Der Bundesrat hat das weitere Vorgehen im Bereich Mobilfunk und 5G entschieden. Das BAFU schreibt: «Die Grenzwerte zum Schutz der Bevölkerung vor nichtionisierender Strahlung (NIS) will der Bundesrat zurzeit nicht verändern.» Das bedeutet immerhin, dass sie nicht noch erhöht werden. Ferner wird eingestanden, dass vom UVEK eine Vollzugshilfe für adaptive Antennen noch erarbeitet werden muss. Das belegt, dass adaptive Antennen heute rechtlich nicht abgesichert sind. Die angedachte Erhöhung der Grenzwerte von 5 V/m auf 20 V/m (entspricht 16-facher Leistung) wären vermutlich ohne die zahlreichen Proteste durchgewunken worden. Die Telecoms sind erbost und drohen mit absurden 5G Bauzeiten von 25 Jahren. Das Allerschädlichste ist damit hoffentlich abgewendet.



Heutiger Stand der Mobilfunkanlagen (MFA):

MFA1: Beim Eurythmeum in Aesch. Sunrise sendet fast sicher weiterhin mit 5G und adaptiven Antennen. Die Steiner-Schule und das Eurythmeum sind in einer Art totem Winkel, trotzdem wird 5G wegen der grossen Nähe zur Antenne funktionieren. Ein Rechtsverfahren wegen dieser «Bagatelländerung» läuft und eine Einsprache gegen ein nachträglich am 5. März 2020 publiziertes Baugesuch ist in Bearbeitung.

MFA2: Treff12-MFA. Der Status ist wahrscheinlich unverändert, denn Swisscom sendet laut BAKOM nach wie vor 2G, 3G, 4G, nicht aber 5G. Der Gemeinderat wird uns einmal eine Antwort geben, aber das eilt nicht, solange die MFA nicht umgebaut wird.

MFA3: Metall-MFA. Swisscom sendet ab ca. Dezember 2019 trotz hängiger Baubewilligung und ohne neues Baugesuch mit 5G. Wir vermuten, dass auf «4G wide» umgestellt worden ist, das auf der BAKOM Karte neuerdings als 5G angezeigt wird. Dank diesem Trick glauben Kund*innen, sie seien mit 5G versorgt. In Wahrheit sendet die MFA mit 4G und empfängt die G5 Signale von den neuen G5 Endgeräten. Das wurde vermutlich ohne Leistungssteigerung bewerkstelligt. Andernfalls wäre es illegal gewesen. Ein Baugesuch für echtes 5G ist in Bearbeitung.

MFA4: Steinmattweg-MFA. Swisscom sendet wie MFA3 mit pseudo-5G, vermutlich mit 4G wide, aber ganz ohne Baugesuch.

Sonst: In der Region, z.B. in Nunningen wurde am 6. April 2020 eine MFA mit Riesenleistung und adaptiven Antennen trotz Einsprachen bewilligt. Es wurde eine Beschwerde beim Solothurner Verwaltungsgericht eingereicht.

Unsere Motive:

Es gibt viele Personen, die 5G gut finden und es gibt viele elektrosensible Personen, die nicht wissen, wo-

hin sie sich retten können. Das BAFU räumt ein, dass Gehirnströme durch Mobilfunk verändert werden. Dies entspricht einer direkten Störung des Nervensystems durch Mikrowellen. Der Stand der Erkenntnisse widerspricht den rechtlichen Grundlagen, indem direkte elektrische Wirkungen auf Organismen einerseits bei der Grenzwertfestlegung geleugnet wurden, andererseits aber wissenschaftlich bestätigt sind. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis bewiesen sein wird, dass solche Störungen des Nervensystems zu Störungen des Wohlbefindens und zu Krankheit führen. Das könnte den Druck erklären, mit dem die Telecoms 5G einführen wollen. Zudem: Weltweit verschlingen MFA bald so viel Energie wie der Flugverkehr!

Lösungspaket:

Es beginnt damit, dass möglichst viele Menschen erkennen, wie riskant Mobilfunk von 2G bis 5G ist. Wir

werden von der Lokalpolitik, der Gemeinde, der Bauverwaltung und der BWPK ernst genommen, denen wir bei dieser Gelegenheit herzlich dafür danken. Frequencia.ch bereitet eine Volksinitiative zur Einführung eines neuen Verfassungsartikels vor. Dieser soll nichtionisierende Strahlung ähnlich regeln, wie das für ionisierende Strahlung bereits der Fall ist. Bitte unterstützen Sie diese Initiative, die bald heraus kommen wird (und andere ähnlich lautende Initiativen). Auf technischer Ebene gibt es das indoor-outdoor-Konzept, das Sie ebenfalls bei frequencia.ch finden können. Dieser gut durchdachte Ansatz bringt eine erhebliche Strahlungsreduktion sowohl für Handynutzende als auch für passiv Bestrahlte. Und es gäbe noch weitere Lösungsvorschläge. Ich versorge Sie bei Bedarf gerne mit weiteren Informationen (philipp.merz@bluewin.ch).

Dornach und der H18-Anschluss

Janine Eggs

Die Idee zum H18- resp. A18-Anschluss dümpelt schon weit über 10 Jahre vor sich hin. Viele mögen denken, dass es jetzt mit der Entwicklung des ehemaligen Metalli-Areals und der Widen endlich an der Zeit ist, das Projekt vorwärts zu treiben und umzusetzen. Aber bietet nicht gerade die Neuentwicklung dieses riesigen Gebietes die Möglichkeit für mehr Innovation und Nachhaltigkeit?

Es wird befürchtet, dass die Schaffung von neuem Wohn- und Gewerberaum unvermeidlich zu noch mehr Autoverkehr führen wird. Neuer Wohnraum muss aber nicht zwingend mit einer extremen Verkehrszunahme einhergehen. Mit der idealen Lage des ehemaligen Metalli-Areals nahe der Zuggeleise bietet sich eine hervorragende Erschliessung mit dem öffentlichen Verkehr an. Mit einer S-Bahn-Haltestelle zwischen Widen und Apfelsee sind die Bewohner*innen aus beiden Quartieren innert weniger Minuten in Basel oder in den umliegenden Gemeinden. Ein Viertelstundentakt macht den Zug zu einem sehr attraktiven und schnellen Fortbewegungsmittel. Weiter kann auf dem ehemaligen Metalli-Areal ein Quartier der kurzen Wege entstehen, wo Wohnen und Arbeiten im gleichen Quartier möglich sind. Die Entwicklung eines autofreien oder autoarmen Quartieres ist mög-



lich, etwas, das in der heutigen Zeit immer mehr gefragt ist. Autofreie oder autoarme Quartiere leben von einer guten ÖV-Anbindung, ausgebauten Velowegen sowie nahegelegenen Einkaufs- und Arbeitsmöglichkeiten. Oberfeld in Ostermundigen oder Stöckacker Süd nahe Bern sind nur zwei Beispiele von Gemeinden ausserhalb von Grossstädten, die eine autofreie oder autoarme Struktur erfolgreich umgesetzt haben. Mit Angeboten wie gemeinschaftlich genutzten E-Bikes, Lastenvelos und Veloanhängern, einem Carsharing in der Nähe und der Bildung von Fahrgemeinschaften, wird der Bedarf des eigenen Autos ersetzt. Dabei geht es nicht darum, ein restriktives Autoverbot durchzuboxen – das könnte nämlich einigen

Gewerbebetrieben zum Verhängnis werden. Viel eher geht es um eine aktive Förderung anderer Fortbewegungsarten. Durch die Verminderung von Fahrten und die Umlagerung auf ÖV und Langsamverkehr wird die Entwicklung des Areals nur wenige zusätzliche Autofahrten bringen, Bewohner*innen aus dem Appfelsee werden auf den Zug gelockt und die befürchtete immense Verkehrszunahme im Brüggligebiet bleibt aus. Auch bereits bestehende Engpässe im Brüggligebiet könnten mit solchen Massnahmen entschärft werden. Das Problem von zu vielen Autos löst sich nicht mit dem Bau von neuen Strassen – das führt erwiesenermassen nur zu noch mehr Verkehr und einer Verschiebung des

Staus zu einem anderen Nadelöhr – sondern mit einer Verminderung der Fahrten und einer Verlagerung vom Individualverkehr auf den öffentlichen Verkehr, aufs Fahrrad, auf Fahrgemeinschaften o. Ä. Anstatt also eine neue Strasse durch oder über das Widenerareal zu führen, lässt sich dieses Gebiet in Absprache mit den Grundeigentümer*innen wunderbar anders nutzen: eine Aufwertung des Naturraumes entlang der Birs, die Erweiterung der Sportplatzinfrastruktur oder die Schaffung von qualitativem Wohn- und Gewerbeareal sind Ideen, die es zu verfolgen gilt. Es gibt attraktivere Möglichkeiten für Dornach, als einen neuen Autobahnzubringer zu bauen. Nutzen wir sie!

Glasklar und gefährlich

Janine Eggs

Glas ist ein sehr beliebtes Baumaterial, da es nicht nur den Blick ungehindert schweifen lässt, sondern modern und modisch daherkommt und viel Licht und Leichtigkeit bringt. Sei es als Geländer an einer Aussichtsplattform oder auf dem eigenen Balkon; Glasbrüstungen werden immer häufiger. Doch dieses durchsichtige Element wird für Vögel zur Todesfalle, denn im Gegensatz zum Menschen können sie das Glas nicht wahrnehmen. Vögel haben zwar im allgemeinen sehr gute Augen, allerdings sind bei vielen Arten die Augen weit seitlich am Kopf. Dies ermöglicht einen Rundumblick, schränkt aber das stereoskopische Sehen und damit die räumliche Wahrnehmung ein. Fensterfronten oder andere Glaswände reflektieren je nach Beschaffenheit stark und spiegeln Bäume, Landschaften oder den Himmel. Vögel erkennen diese Spiegelung nicht als solche und krachen gegen das Glas. Aber auch Glas ohne Spiegelung wird zur Gefahr, wenn beispielsweise hinter einem glasigen Balkongeländer einladend grüne Pflanzen stehen. Vögel steu-

ern die Pflanzen an, nehmen das Glas nicht wahr und krachen unvermeidlicherweise dagegen.

Wie also dieses unnötige Risiko verhindern? Wer neu baut, kann mattiertes oder gefärbtes Glas oder andere Materialien verwenden. Bei grossen Fensterfronten bietet sich die Installation von Mückengittern an. Damit wird nicht nur die Kollisionsgefahr für die Vögel vermindert, sondern auch das Eigenheim insektenfrei gehalten. Dort, wo sich bereits Gefahrenstellen befinden und die Todeszone nachträglich entschärft werden soll, können Aufkleber Abhilfe leisten. Und zwar müssen es nicht die altbackenen Greifvogelaufkleber sein – die ohnehin nichts nützen – sondern besser sind engstehende Streifen, Punkte oder andere kreative Musterungen. Wer sich gute Ideen und Beispiele anschauen möchte, findet diese in der Broschüre «Vogelfreundliches Bauen mit Glas und Licht» von der Vogelwarte Sem-pach (gratis Download: <https://www.vogelwarte.ch/de/projekte/konflikte/voegel-und-glas>).



Quelle: Archiv Schweizerische Vogelwarte



Quelle: Archiv Schweizerische Vogelwarte

Wir danken:

- Felix Heiber für die Fotos
- Bruno Planer und dem WBZ Reinach für die Gestaltung und den Druck
- allen Autor*innen für ihre Beiträge
- und Ihnen – liebe Leser*innen, für das Interesse an unserem Infoblatt!

IMPRESSUM:**Infoblatt der Freien Wähler Dornach**

Das Infoblatt ist das ein bis zwei Mal jährlich erscheinende Informationsblatt der Freien Wähler Dornach. Fragen und Anregungen zum Infoblatt und zur Politik der Freien Wähler nimmt gerne unsere Redaktion, Telefon 061 599 79 88, entgegen. Schriftliche Kontaktaufnahme unter:

Freie Wähler Dornach

Monica Palatini

Efringerweg 15

4143 Dornach

oder d.u@gmx.ch Betreff: FWD Infoblatt 2020

Internet: www.fwd-dornach.ch

Redaktion: Bruno Planer, Janine Eggs

Fotos: Felix Heiber

Satz/Druck: WBZ, 4153 Reinach

Mai 2020
